## **Tagungsbericht**

## Der 14. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag 7.–9. Juni 2011 in Stuttgart

Marie-Luise Conen

Der Titel des Jugendhilfetags 2011 – »Kinder, Jugend, Zukunft: Perspektiven entwickeln – Potenziale fördern!« – versprach wie so oft auf den letzten Jugendhilfetagen eher eine Übersicht und wenig Bewegung. Während auf dem DJHT vor drei Jahren in Essen die Arbeitssituation und die Arbeitsbedingungen der Fachkräfte nur auf einer Veranstaltung thematisiert wurde, war dieses Thema nun prägnant vertreten. Dies war gewissermaßen überraschend, jedoch angesichts des allgemeinen Personalmangels wiederum verständlich. In Ansätzen gelang es, über eine Diskussion der Arbeitsbedingungen in der Jugendhilfe hinauszugehen und den Verlust der Identität der Jugendhilfe angesichts von Steuerungsideologien und Kürzungskonzerten der (Jugendhilfe-)Politiker zu thematisieren.

Die hohe Arbeitsverdichtung, die Zunahme an Bürokratisierung und allseitige Kontrollversuche haben zu einer hohen Arbeitsbelastung und Unzufriedenheit vor allem bei Jugendamtssozialarbeitern, aber auch vielen andere Fachkräften in der Jugendhilfe geführt. Vor allem systemisch orientierte Kollegen haben zunehmend Probleme, ihre spezifische Fachlichkeit noch ausreichend anwenden zu können.

Erfreulicherweise griff der Jugendhilfetag in Stuttgart viele dieser negativen Entwicklungen in einigen seiner Veranstaltungen auf. Von einigen dieser Podiumsveranstaltungen möchte ich berichten, da diese Jugendhilfetags-Diskussionen meines Erachtens vielfach Auswirkungen für viele systemisch arbeitende Kollegen haben können.

Sicherlich ein Highlight des DJHT war die Veranstaltung mit Hans Thiersch und Hans-Uwe Otto, moderiert von Karin Böllert, zum Thema »Kinder- und Jugendhilfe in der Krise – Sozialarbeit und Sozialpädagogik in der Theorie, Praxis und Ausbildung vor neuen (alten) Herausforderungen«. Es war eine Freude, den Ausführungen und dem Aufbäumen der beiden »Titanen« der Jugendhilfe zuzuhören.

Thiersch sprach mir aus dem Herzen, als er den Erfolgsdruck und die ruinösen Spannungen thematisierte, die zur Exklusion von Menschen führen. Die sozial-

arbeiterische Praxis würde zurückgefahren. Anstatt Förderung und hilfreiche soziale Strukturen zu ermöglichen, würde die Disziplinierung von Klienten vorangetrieben; an den »kastrierten« Fachhochschulen würden technologische Verfahren (Manualisierungen) dominieren.

Hans-Uwe Otto merkte kritisch an, dass sich die Jugendhilfe mentalitätsbezogen nicht bewege. Er erlebe die Jugendhilfe als politisch eingemauert und als einen Bereich, der nichts zu sagen habe. Otto stellte die Frage nach den Gründen des seit Jahren bestehenden Booms in der Jugendhilfe. Es würde nicht mehr auf die Mechanismen gesellschaftlicher Produktion von Elend geschaut, sondern Jugendhilfe setze auf eine Manageralisierung ihrer Arbeit. Mit Vehemenz wies er auf die damit einhergehende Verzwergung der Jugendhilfe hin. Jugendhilfe würde sich darin genügen, das zu konservieren, was die Gesellschaft anstößt, anstatt Menschen zu Optimierungsräumen zu verhelfen.

Thiersch wies auf das Manko hin, dass die realen Veränderungen nicht hinreichend beforscht werden. Es fehlt seines Erachtens eine Forschung zu den Heimeinweisungskriterien ebenso wie zu den Bedürftigkeitskriterien, um die enormen Verschiebungen in den letzten Jahren zu erfassen. Die Indienstnahme der Effektivitätszumutungen, die mit hohem Aufwand und Belastungen der Mitarbeiter vor allem im Bereich Kinderschutz einher gehen, sei deutlich. Die Bedingungen hindere die Fachkräfte daran, so zu arbeiten, wie sie es möchten und es wissenschaftlich begründet notwendig wäre. Die Ökonomisierung der Jugendhilfe trüge dazu bei, dass sich Jugendhilfe von den eigenen konzeptionellen Möglichkeiten entfernt und auch fern hält.

Für Otto stellt sich die Frage nach der Profession: Wie bilden wir unsere professionelle Identität? Kennziffern und Effektivität können nicht die Grundpfeiler unserer Identität als Fachkräfte sein. Otto sieht für die Soziale Arbeit mehr Chancen, sich zu realisieren, als sie es selbst wahrnimmt. Evidenzbasierte Sozialarbeit und anhand von Manualen ausgebildete Master in Soziarbeit stellen nicht die einzige Dimension unserer Profession dar. Wissenschaft sei nur ein Instrument; die Fachlichkeit wird letztlich bestimmt durch Erfahrungen.

Thiersch forderte auf, den allgemein gepflegten Inferioritätskomplex der Sozialarbeit zu überwinden. Sozialarbeiterische und sozialpädagogische Fachkräfte unterscheiden sich in einer wesentlichen Komponente von anderen Berufsgruppen im psychosozialen Feld: Sie sollen Zugangsgerechtigkeit herstellen. Ihre Unterstützungsfunktion ist schwerer auszuweisen, da von ihr oft angenommen wird, dass dies halt jeder könnte. Daher muss Sozialarbeit und insbesondere Jugendhilfe andere Nachweise über ihre Wirkung etablieren und ihre üblichen Prozesse klarer verdeutlichen.

Otto bemerkte, dass Jugendhilfepolitik nicht als eine Art Zunft betrieben wird. Jugendhilfe zeige keine Merkmale eines öffentlichen Diskurses und versuche diesen Diskurs weder zu führen noch zu beeinflussen, was beispielhaft an dem § 8a KJHG und dessen Kontrollparametern deutlich geworden sei. Juristen betreiben Rechtspolitik, Mediziner Gesundheitspolitik. Jugendhilfe jedoch betrei-

be keine eigene Politik, zeige keine Einmischung und Übernahme von einem Territorium. Es fehle eindeutig ein Drang, sich zu positionieren. Der Alltag der Menschen ist zwar Gegenstand von professionellen Handlungen, aber man ist nicht willens, politische Positionierungen einzunehmen. Böllert beschrieb, dass es einen »War of Professions« (Fraser) gäbe, in dem sich Soziale Arbeit anmelden muss und ihre notwendige Beteiligung am Diskurs verdeutlicht.

Thiersch forderte auf, die Identität von Sozialer Arbeit offensiver zu vertreten. Er stellt neoliberale Ideen in Frage, die den sich selbst helfenden Bürger propagieren. Soziale Arbeit sollte sich gegen die Zielenteignung (Menschenrechte) und das Herunterdimmen unserer Ideen wehren. Sozialarbeit könne nicht darauf reduziert werden, Menschen in Hinblick auf ihre Brauchbarkeit auf dem Arbeitsmarkt zu beeinflussen.

Otto stellte die Frage, ob wir uns als Profession selbst genügend demokratisieren. So stellt sich die Frage, ob zum Beispiel Hilfeplangespräche eine Tyrannei gegenüber den Menschen oder einer Demokratisierung unserer Profession zum Ausdruck bringen. Otto drängte darauf, dass wir uns auch zu Fragen der Gerechtigkeit positionieren, um so Gerechtigkeit nicht zu einem karitativen Begriff verkommen zu lassen. Die Krise in unserer Gesellschaft zeigt sich eindringlich daran, dass die Erziehungsheime voll belegt sind. Armut ist inzwischen ein Schimpfwort. Inzwischen kommt eine veränderte Klientel in der Jugendhilfe an. Kinder und ihre Eltern werden allmählich arm. Früher stellten Jugendämter eine kommunalpolitisch agierende Institution dar. Heute sind sie eher bürokratische Monster und tragen erheblich zur Marginalisierung von Menschen bei. Jugendämter sind zunehmend keine Fachbehörden mehr und das Leitungspersonal besteht (wieder) kaum noch aus Fachleuten. Das Jugendamt ist inzwischen eine Institution, die vorgestanzte Antworten auf gesellschaftliche Probleme gibt.

»Suche Nebenjob ab 19.00 h. Fachliche Auswirkungen der Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen in der Kinder- und Jugendhilfe« war eine weitere sehr gut besuchte Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, unter anderem mit Ivo Züchner, Ulrich Bartosch, Wolfgang Stadler und Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender. Die Veranstaltung versprach eine interessante Diskussion: Zum einen beklagen sich Anstellungsträger, dass sie kaum geeignetes Personal finden, und zum anderen nimmt der Anteil von Teilzeitarbeitenden, Honorarkräften und befristeten Arbeitsverhältnissen zu. Die höheren Anforderungen an die Arbeit spiegeln sich in keiner Weise in angemessenen Beschäftigungsverhältnissen wider, was nicht nur für die Mitarbeiter, sondern auch für die Klienten erhebliche Folgen hat.

Ivo Zürchner referierte einige sehr interessante Zahlen (u. a. aus Arbeitsmarktdaten zur KJH, die alle vier Jahre erfasst werden): Während es einen deutlichen Anstieg von Fachpersonal (in Vollzeitäquivalenten berechnet) gab, von 900.000 Beschäftigten 1998 zu 1,3 Millionen im Jahr 2006, ist es in den Hilfen zu Erziehung zu einem deutlichen Absinken gekommen: 1998 waren es 19.000, 2000 17.000 und 2006 15.000 Beschäftigte. Gleichzeitig weist die Hilfen-zur-Er-

ziehung-Statistik einen Anstieg der Fälle auf: 1998 waren es 29.000, 2006 32.000 (Anstieg bedingt sich durch den Ausbau des Kita-Bereichs). Befristete Arbeitsverhältnisse bestanden in 1998 zu 11,7 % und in 2006 zu 17,8 %. Vergleicht man dies mit anderen Berufen, beispielsweise mit kaufmännischen Angestellten, ist dort eine Steigerung von 6,1 % auf 8,3 % zu verzeichnen. Nebenberufliche Tätigkeit (also weniger als 20 Stunden in der Woche) wiesen in den (ambulanten) Hilfen zur Erziehung in 2002 9,9 % und in 2006 14,1 % auf. 2005 gab es rund 10.000 arbeitslose Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, 2011 circa 19.000. Kinderund Jugendhilfe ist quasi ein Vorreiter in der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Prekarisierung der Mitarbeiter. Die Tendenz ist eindeutig: Soziale Arbeit wird verbunden mit unsicheren und nebenberuflichen Tätigkeiten.

Kinder- und Jugendhilfe, weil öffentlich finanziert, bestimmt nicht selbst die Konditionen ihrer Arbeit. Derzeit überwiegt eine Art Marktargumentation; eigentlich könnten die Fachkräfte momentan ihre Konditionen verbessern. Aufgrund ihres niedrigen Organisationsgrades haben sie jedoch keine beeinflussenden Positionen inne. Es stellt sich die Frage, ob angesichts dieser prekarisierenden Entwicklungen das fachliche Profil von Sozialarbeit zu halten sein wird. Beispielhaft sei auf die Situation in der Altenpflege hingewiesen, in der zunehmend fremdqualifiziertes Personal eingesetzt wird. Dies könnte auch eine Tendenz in der Kinder- und Jugendhilfe werden.

In der folgenden Podiumsdiskussion wies *Ulrich Bartosch* darauf hin, dass die Fachhochschulen bzw. Arbeitgeber derzeit an den Übergängen basteln und verstärkter Trainings für Berufseinsteiger anbieten, eine langfristige Personalentwicklung fehlt jedoch. Für ihn stellt sich die Frage, wie lange die Träger den Mangel an Fachpersonal noch dulden wollen. Aufgrund kürzerer Ausbildung verdienen die Mitarbeiter weniger, was eine Dequalifizierung des BA bewirkt. Der Arbeitsmarkt (Personalmangel) zeigt jedoch, dass eine adäquate Bezahlung wieder erforderlich ist. Denn inzwischen sind auch reduzierte Anmeldezahlen für die Sozialarbeitsstudiengänge zu verzeichnen. Potenziell Sozialarbeit Studierenden schauen auch auf die Arbeitsmarktentwicklung.

Die Teilnahme von Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di, war meines Erachtens eine wichtige Botschaft der Gewerkschaft an die DJHT-Teilnehmer. Sein Beitrag machte deutlich, dass ver.di erkannt hat, auch in der Jugendhilfe aktiver werden zu müssen. Der geringe Organisationsgrad in der Sozialen Arbeit (5 %) macht es notwendig, dass die beiden Gewerkschaften (ver.di und GEW) sich in diesem Feld verstärkter Gehör und vor allem Mitglieder verschaffen müssen. Bsirske forderte, dass Soziale Arbeit eine Arbeit sein sollte, von der man anständig leben, sich entwickeln und gestalten könne sowie Wertschätzung und Respekt erfahre. Er zeigte die Tendenz zu geringfügigen Teilzeitarbeit in der Sozialen Arbeit auf, die es mit sich bringt, dass Löhne gezahlt werden, von denen man nicht leben kann. Daher sei es kein Wunder, wenn Mitarbeiter das Berufsfeld verlassen. Nach ver.di verdienen 72 % weniger als 2.000 Euro brutto auf einer

Vollzeitstelle, 50 % weniger als 1.500 Euro brutto, viele verdienen 800 bis 900 Euro netto! Hinzu kommt ein hoher Anteil von befristeten Anstellungen.

Bsirske will dieses Ausmaß an Entsicherung, in der kein eigenes Leben geplant werden kann, nicht mehr hinnehmen. Heute, so konstatiert er, gibt es Lohnarmut und demnächst Altersarmut. Die Frage stellt sich: Was ist die Arbeitskraft eigentlich wert? Was ist zu tun?, fragte Bsirske. Die Ökonomisierung des Arbeitsfeldes, einhergehend mit Tendenzen der Budgetierung von Leistungen für Klienten, macht das Leben eines Mitarbeiters nicht mehr planbar. Die Konkurrenz der Träger, als Grundlage der Ökonomisierung, wird über die Löhne und Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter ausgetragen. Wohlfahrtsverbände wie DPW, AWO, DW und Caritas haben regional Ausgründungen mit völlig anderen Lohnstrukturen geschaffen. Dies hat eine Situation herbeigeführt, in der »Dumper« die anderen Träger vor sich hertreiben. Diese Entwicklung geht zu Lasten der Mitarbeiter und Klienten und führt zu einem Attraktivitätsverlust des Berufsfeldes. Bsirske stellte sich die Frage: Wie ist diese Tendenz zu brechen? Seine Antwort lautete: Es muss zu einer Verständigung auf einen Tarifvertrag Soziales, vor allem mit den Wohlfahrtsverbänden, kommen, der allen Beteiligten nützt. Es muss wieder ein Tarifniveau geschaffen werden, dass das Arbeitsfeld aus dem Lohndumping herausnimmt. Gegenwärtig läuft die Entwicklung allerdings in eine andere Richtung.

Hans Mayer vom LWL Westfalen-Lippe – ebenfalls auf dem Podium- betonte, dass es derzeit einen Dschungel an mit den Gewerkschaften ausgehandelten Tarifverträgen (40) gibt. Er wies auf die schwierige Situation vieler Kommunen hin, die zwangsverwaltet werden. Der Bund trage durch neue Gesetze und Verordnungen immer wieder dazu bei, dass sich Ausgaben der Kommunen erhöhen. Er forderte: Wer die Musik bestellt (Bund), muss auch bezahlen (Bund, und nicht die Kommunen).

Wolfgang Stadler vom AWO-Bundesverband bezeichnete die Tarifverträge nur als ein Teil der Probleme. Die Trägerstrukturen in der Jugendhilfe zeichne sich dadurch aus, dass viele Träger nur über eine Einrichtung verfügten und daher ihre Risiken vielfach in Form von »20-Stunden-plus-Verträgen« an ihre Mitarbeiter weitergeben.

Besonders engagiert zeigte sich Michaela Hofmann von der Nationalen Armutskonferenz. Sie zitierte den ersten § des KJHG: »Jeder junge Mensch hat das Recht ...« und leitete daraus wenige, jedoch grundlegende Fragen ab: Was braucht man an Fachkräften für die Familien? Wie viele Stunden braucht die Fachkraft? Welche Qualifikation braucht die Fachkraft? Sie betonte, dass mit den Antworten nicht zu schachern sei. Bei den Politikern und bei den Entscheidungsträgern der Jugendhilfe hat man nicht die Auswirkungen von Armut im Blick. Inzwischen sei es so, dass arme Sozialarbeiter arme Familien betreuen. Sie stellte ganz deutlich klar: »Wir müssen doch nicht alles mitmachen!«

Im Schlusswort zu diesem erfreulich politischen und kämpferischen Podium stellte Frank Bsirske die notwendigen Strategien dar:

- Skandalisierung der Verhältnisse und diese systematisch in die Öffentlichkeit und Politik treiben;
- Durchführung einer Aufwertungskampagne analog zum Kita-Streik (2014 Beendigung der Friedenspflicht zum bestehenden TVÖD);
- Steigerung des Organisationsgrades von Mitarbeitern in der Sozialen Arbeit;
- Einflussnahme auf die Finanzierung der öffentlichen Haushalte: weg von Ausgabensenkungen nach dem Gießkannenprinzip, sondern Priorisierung von Leistungen.

Es gab zahlreiche weitere Veranstaltungen, die sich mit anderen interessanten Aspekten dieser allgemein sehr engagierten Diskussionen beim DJHT beschäftigten, die hier aus Platzgründen nicht wiedergegeben werden können. Abschließend möchte ich noch kurz von zwei Veranstaltungen berichten: »Dringend gesucht: Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Ein Forum zu Strategien gegen den Fachkräftemangel - ein Fachbereichstag Soziale Arbeit«. Nach Kirsten Fuchs-Rechlin von der TU Dortmund (Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik) entwickeln sich soziale Berufe aus einer Wachstumsbranche hin zu einer Zukunftsbranche. Ab 2025 ist mit einem erhöhtem Personalbedarf zu rechnen, da ein enormer Rentenausstieg zu verzeichnen sein wird: 330.000 Mitarbeiter werden dann benötigt! Dem gegenüber steht, dass es in den allgemeinen Beschäftigungsverhältnissen einen Rückgang von Vollzeitstellen um 7 % gab, in den Sozialberufen jedoch um 14 %; des Weiteren gab es in der Allgemeinheit eine Zunahme an Befristungen von 2 %, in der sozialen Arbeit von 4 % – und damit eine doppelt so hohe Rate. Fuchs-Rechlin berichtete, dass Befristungen in den sozialen Berufen kein Phänomen bei Berufseinsteigern seien, sondern sogar 10 %der 50-Jährigen befristete Verträge hätten. 50 % der Berufseinsteiger arbeitet zunächst befristet!

Harald Gieseke von ver.di berichtete, dass in wenigen Jahren drei Viertel der Mitarbeiter in den Allgemeinen sozialen Diensten (ASD) der Jugendämter in Rente gehen werden. So viele neue Mitarbeiter zu gewinnen, kann nicht mehr mit Personalentwicklungen begegnet werden. Es bedürfe dringend einer Motivierung, diesen Beruf zu ergreifen. Ohne eine entsprechende Aufwertung dieser Arbeit ginge es nicht. Bei den Allgemeinen sozialen Diensten zeigt sich, dass die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter bzw. Interessenten ein größeres Thema darstellen als die Bezahlung. Es bedürfe einer hohen Motivation und Identifikation der Mitarbeiter, um in einer solchen Arbeit engagierten Einsatz zeigen zu können. Die zahlreichen Modellversuche in der Jugendhilfe haben zu einer Reduzierung von sicheren Beschäftigungsverhältnissen und zu einer Einführung von Befristungen geführt. Angesichts der miserablen Bedingungen und bestehenden Tendenz, diese noch weiter herunterzufahren, fordert Gieseke dazu auf, dass wir die Kriterien für eine gute Arbeit definieren.

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem die fehlende Tarif-

Die Veranstaltung »Eine bessere Kinder- und Jugendhilfe ist die preiswertere« war die spannendste, denn hier trafen Finanzen und Inhalte aufeinander. Jan Pörksen, Staatsrat für Familie und Soziales in Hamburg (und bekannt durch seinen vielfach kritisierten Vorstoß der 6a-Länder-Initiative zur Aushebelung eines Rechtsanspruches von KJHG-Leistungen), verschwand jedoch im Gegensatz zu meinen Erwartungen hinter seiner Klage über die Verdoppelung der Jugendhilfe-Haushalte. Beate Schiffer (Jugenddezernentin Hattingen), die 17 Jahre ein Jugendamt geleitet hatte, fand eine deutliche Sprache: Die KGSt-Kennzahlen seien in die Tonne zu hauen. Die Verdoppelung der Jugendhilfe-Haushalte hätte andere Gründe. In Bremen wurde der Haushalt für Jugendhilfe von 70 auf 140 Millionen Euro zwischen 2006 und 2011 verdoppelt. Aber dies sei geschehen, nachdem es vorher massive (!) Einsparungen in diesem Etatbereich gegeben hätte - und diese Einsparlinie nach den toten Kindern nicht mehr haltbar war. Sie forderte eine Wiederherstellung des eigentlichen Standes und ein Aufholen der Standards ein, die notwendig seien, aber noch lange nicht erreicht wären. Die Fallzahl-Standards in den Allgemeinen sozialen Diensten der Jugendämter seien noch die gleichen wie vor zehn Jahren!

Mike Seckinger, dessen profunde und leise-humorvollen Statements zu den oft sehr komplexen Problemanalysen stets eine Freude sind, sprach mir sehr aus dem Herzen, als er seine Zweifel an einigen Grundannahmen, die in der Jugendhilfe kursieren, einbrachte: Er zweifelte (siehe Zürcher-Beitrag), dass es eine Kostenexplosion gab (Kita-Bereich wird erweitert, nicht die Jugendhilfe). Er forderte eine gesellschaftliche Diskussion darüber, warum wir einen wachsenden Bedarf an Jugendhilfeleistungen haben. Es sei eine gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber notwendig, welche Jugendhilfe diese Gesellschaft will. Die Versuche, über die Sozialraumorientierung eine gewisse Steuerung von Prozessen und Abläufen herbeizuführen, endeten in der Regel in Verwaltungsräumen und stellen keine wirklich lebensweltlich bezogenen Hilfen dar.

Schlussbemerkung: Angesichts einer gesellschaftlichen Entwicklung, die eine Zunahme an Armut und Ausgrenzungen mit sich bringt, gilt es meines Erachtens das Tempo herauszunehmen, innezuhalten und sich zu fragen: Welche Jugendhilfe will diese Gesellschaft?

Korrespondenzadresse: Dr. Marie-Luise Conen, Heinrich-Seidel-Str. 3, 12167 Berlin-Steglitz; E-Mail: context-conen@t-online.de